

102. Beilage im Jahr 2016 zu den Sitzungsunterlagen
des XXX. Vorarlberger Landtages

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg und der SPÖ

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 10.11.2016

Betreff: Landesvolksanwaltschaft – den Mehrleistungen auch personell gerecht werden!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Landesvolksanwalt hat angesucht, die derzeitige Stelle einer Ausbildungsjuristin/eines Ausbildungsjuristen in eine fixe Mitarbeiter_innenstelle umzuwandeln. Dazu führt er in seinem Schreiben an das Erweiterte Präsidium vom 14.10.2016 aus, die damalige Volksanwältin Frau Mag. Gabriele Strele habe schon vor ca. drei Jahren darauf hingewiesen, dass die Personalressourcen mehr als knapp sind. Gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den Landesvolksanwalt sei ihm zur Ausübung seiner Tätigkeit die erforderliche Anzahl von Landesbediensteten zur Verfügung zu stellen.

Der Landesvolksanwalt begründet sein Ansuchen für die Umwandlung der Stelle sehr detailliert und plausibel – nicht zuletzt damit, dass sein Zuständigkeitsbereich in den letzten Jahren gesetzlich erweitert und dadurch der Arbeitsanfall stark gestiegen sei, was auch durch deutlich höhere Fallzahlen belegt werden kann. Für die Volksanwaltschaft sei es daher essentiell, durch eine fix zu besetzende Position die Kontinuität und Qualität der Leistungserbringung im Sinne der Bürger_innen zu erhöhen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Dem Landesvolksanwalt ist zur Ausübung seiner demokratiepolitisch wesentlichen Tätigkeit die erforderliche Anzahl von Landesbediensteten sowie die tatsächlich notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die derzeitige Stelle einer Ausbildungsjuristin/eines Ausbildungsjuristen soll in eine fixe Mitarbeiter_innenstelle umgewandelt werden.“

LAbg. Dr. Sabine Scheffknecht

Clubobmann Michael Ritsch

Der XXX. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2016, am 15. Dezember, den Selbständigen Antrag, Beilage 102/2016, mit den Stimmen der VP- und der FPÖ-Fraktion mehrheitlich abgelehnt (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).